

**Umweltinstitut  
München e.V.**

**JAHRES- & TRANSPARENZBERICHT**

**UNSER JAHR 2025**



# INHALT

EDITORIAL 5

ÜBER UNS 6

---

## UNSER JAHR 2025

Zivilgesellschaft unter Druck 10

Gemeinsam gegen die Gift-Pläne  
der EU-Kommission 12

Gefährliche Pestizide in der Endlosschleife 13

Ziviler Protest wirkt:  
Agrarminister verhindert! 14

Glyphosat: Noch krebserregender  
als gedacht 15

Verboten in der EU – und trotzdem  
auf unseren Tellern 16

Klage gegen Pendimethalin 17

Leck in Chemiefabrik 17

Gewonnen vor der ersten Verhandlung 18

Raus aus dem Gas! 20

Schluss mit fossilen Irrwegen 21

Der unterschätzte Schlüssel  
zur Energiewende 22

Unabhängige Strahlenmessung  
sichern – seit 40 Jahren 23

Patente auf Pflanzen: Angriff auf  
Vielfalt und Ernährungssicherheit 24

Wissen, das wirkt – für Groß und Klein 25

Gemeinsam für eine vielfältige und  
artenreiche Umwelt 26

---

## ORGANISATION

Unser Organigramm 29

Unsere Geschäftsführung 30

Mitarbeiter:innen- und Gehaltsstruktur 31

---

## DAS JAHR 2025 IN ZAHLEN

Einnahmen und Ausgaben 33

Wir danken 39

Kontakt 40

Impressum 41



# EDITORIAL

Liebe Leser:innen,

wie gerne würde ich an dieser Stelle wieder einmal schreiben: *„Hinter uns liegt ein uneingeschränkt erfolgreiches Jahr. Die Regierung hat endlich die Dringlichkeit beim Klimaschutz erkannt und handelt, gefährliche Pestizide werden ohne jahrelange Gerichtsprozesse vom Markt genommen und nicht mehr aus Deutschland in alle Welt exportiert.“*

Leider sieht die Realität derzeit nicht ganz so rosig aus: Umwelt- und Klimaschutz geraten zunehmend unter Druck, Schutzstandards wurden infrage gestellt, fossile Interessen gewannen an Einfluss und der Ton gegenüber der Zivilgesellschaft wird spürbar rauer. Vieles von dem, was in den vergangenen Jahren erreicht wurde, steht plötzlich wieder zur Disposition.

Und doch erzählt dieses Jahr auch eine andere Geschichte: eine Geschichte von Engagement, Beharrlichkeit und gemeinsamer Wirkung. Denn gemeinsam mit Ihnen ist es uns gelungen, an entscheidenden Stellen gegenzuhalten und konkrete Veränderungen anzustoßen.

So konnten wir verhindern, dass mit Günther Felßner ein Agrarlobbyist Bundeslandwirtschaftsminister wird. Wir haben die skandalösen Pestizidpläne der EU-Kommission öffentlich gemacht und gemeinsam mit zehntausenden Menschen Druck aufgebaut. Mit unserer Arbeit zur kommunalen Wärmewende haben wir gezeigt, dass der Ausstieg aus fossilem Gas nicht

nur notwendig, sondern auch sozial gerecht gestaltbar ist. Und wir haben Missstände sichtbar gemacht, etwa das massive Klimagas-Leck in einer Chemiefabrik oder die Praxis, verbotene Pestizide weiterhin in andere Teile der Welt zu exportieren.

Ein besonderer Moment war für uns die Reparatur unseres Gammaskpektrometers. Dass wir unser unabhängiges Messprogramm fortführen können, verdanken wir der Unterstützung unserer Fördermitglieder und Spender:innen und damit dem Vertrauen, das Sie unserer Arbeit entgegenbringen.

Dieses Vertrauen ist in Zeiten wie diesen, in denen wir allen Ernstes wieder über die Rückkehr zur Atomkraft und den Bau neuer Gaskraftwerke diskutieren müssen, wichtiger denn je. Für uns ist klar: Wir werden auch weiterhin genau hinschauen, Missstände benennen und uns einmischen – unabhängig, beharrlich und gemeinsam mit Ihnen.

Vielen Dank, dass Sie an unserer Seite stehen!



Fabian Holzheid  
Politischer Geschäftsführer



# ÜBER UNS

Seit 40 Jahren kämpft das Umweltinstitut für eine artenreiche und vielfältige Umwelt, in der alle ein gutes Leben führen können.

Nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl zieht eine radioaktive Wolke bis nach Deutschland. Statt die Bevölkerung umfassend zu informieren, vertuschen und verharmlosen die deutschen Behörden die Gefahr. Eine Gruppe engagierter Bürger:innen und Wissenschaftler:innen will das nicht hinnehmen und beginnt, selbst unabhängige Messungen der radioaktiven Belastung durchzuführen. Im Juli 1986 gründen sie das Umweltinstitut München. Aus der lokalen Initiative ist eine professionelle Umweltorganisation geworden, die sich erfolgreich in die deutsche und europäische Umweltpolitik einmischt.

## Unsere Mission

Wir gehen den Dingen auf den Grund. Wir informieren auf Basis unabhängiger Messungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse. Wir ermutigen Menschen, sich mit uns gemeinsam stark zu machen für zukunftsweisende Veränderungen. Neben den Gründungs-

themen Radioaktivität und Atomkraft kämpfen wir dafür, das Artensterben und die Klimakrise einzudämmen. Unser Ziel: die Agrarwende hin zu 100 Prozent ökologischer Landwirtschaft sowie die Energiewende hin zu einer vollständig regenerativen Energiegewinnung.

## Unabhängig – kritisch – engagiert

Unsere Unabhängigkeit hat für uns oberste Priorität: Zum größten Teil finanzieren wir uns aus den Beiträgen unserer mehr als 12.000 Fördermitglieder und Spenden. Hinzu kommen Stiftungszuwendungen für einige Projekte sowie ein kleiner Anteil an Fördermitteln. Es sind viele kleine Beiträge, die es uns ermöglichen, nachzuforschen, nachzubohren, Protest zu organisieren und so lange am Ball zu bleiben, bis wir die Politik in Berlin und Brüssel immer wieder ein kleines Stück in die richtige Richtung bewegen können.

### **GEGRÜNDET**

*Seit 1986 gehen wir der Umweltbelastung auf den Grund und organisieren Kampagnen und Projekte für mehr Umwelt- und Klimaschutz.*

### **UNSER ZIEL**

*100 % Ökolandbau ohne Pestizide und Massentierhaltung und eine zu 100% erneuerbare Energieversorgung.*

### **UNABHÄNGIG**

*Menschen wie Sie ermöglichen mit Ihren Spenden und Förderbeiträgen unsere Arbeit – unabhängig von Politik und Wirtschaft.*



# UNSER JAHR 2025

Wir deckten Umweltverstöße auf, stellten uns gegen fossile Rückschritte und setzten uns für den Erhalt bestehender Schutzstandards im Umgang mit Pestiziden ein. Mit Studien, rechtlichen Schritten, öffentlichem Druck und kreativen Aktionen haben wir dazu beigetragen, dass Umwelt- und Klimaschutz sichtbar und wirksam bleiben, auch in einem zunehmend herausfordernden politischen Umfeld.

Auf den folgenden Seiten erfahren Sie, was wir 2025 gemeinsam mit Ihnen erreicht haben – und warum es sich lohnt, dranzubleiben.



## LANDWIRTSCHAFT

Wir verhinderten die Ernennung eines Agrarlobbyisten zum Minister und stellten uns gegen den Abbau von Pestizid-Schutzstandards auf EU-Ebene. Zudem zeigten wir 2025 das Ausmaß der sogenannten technischen Verlängerungen auf.



## HANDELSPOLITIK

Mit einer großen Kampagne rückten wir die Doppelmoral bei Pestizidexporten in den Fokus: In der EU verbotene Gifte werden exportiert und kehren über belastete Lebensmittel wieder zurück. Mehr als 110.000 Menschen forderten mit uns ein Ende dieser Praxis.



## ENERGIE & KLIMA

Mit Studien zum Gasausstieg und zur Energieeffizienz zeigten wir Wege für eine sozial gerechte und bezahlbare Energiewende auf. Gleichzeitig stellten wir uns gegen den fossilen Kurs der Bundesregierung und machten die Risiken neuer Gasabhängigkeiten sichtbar.



## RADIOAKTIVITÄT

Dank Ihrer Unterstützung konnten wir unser Gamma-spektrometer erneuern und unsere unabhängigen Messungen fortsetzen. Seit 40 Jahren analysieren wir Außenluft und Lebensmittel und schaffen so Transparenz über radioaktive Belastungen.



# ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK

*551 Fragen an NGOs, Zweifel an der Gemeinnützigkeit politisch engagierter Organisationen und Angriffe auf Informationsrechte: All das setzt zivilgesellschaftliches Engagement zunehmend unter Druck – und damit auch zentrale demokratische Grundprinzipien. Ein Gespräch mit Fabian Holzheid, dem politischen Geschäftsführer des Umweltinstituts, über die Kampfansage von Friedrich Merz, ihre Folgen und die Rolle einer starken Zivilgesellschaft.*

## **2025 war ein Jahr, in dem der Ton gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen deutlich rauer geworden ist. Wie bewertest du diese Entwicklung?**

Fabian Holzheid: Bundeskanzler Friedrich Merz hat ja einen Tag nach der Bundestagswahl eine echte Kampfansage an engagierte Menschen im Land gemacht: Unter dem Titel „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ stellte die Unionsfraktion 551 Fragen zur Finanzierung und Neutralität zahlreicher NGOs an die Noch-Bundesregierung. Im Einleitungstext der kleinen Anfrage wurde von einer „Schattenstruktur“ geraunt, mit der „indirekt“ Politik betrieben werde. Das bedient zahlreiche Verschwörungserzählungen der extremen Rechten, denen eine lebendige, demokratische Zivilgesellschaft natürlich ein Dorn im Auge ist.

Natürlich ist – und das ist inzwischen ja hinreichend bewiesen – nichts dran an den Vorwürfen. Volle Transparenz ist bei NGOs eher die Regel als die Ausnahme: von Prüfsiegeln wie der „Initiative transparente Zivilgesellschaft“ über vollumfängliche Jahresberichte, Eintragung im Lobbyregister und Informationen sogar über Gehaltsstrukturen.

Diese Anfrage diene vor allem dem Zweck, die Zivilgesellschaft als Feind zu markieren. Es ist ja nicht das erste Mal, dass Friedrich Merz das tut: 2021 hat er im

Wahlkampf den NABU und Greenpeace zu Demokratiefeinden erklärt und sich später entschuldigt. Mir macht das große Sorgen, weil wir solche Feindmarkierungen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen sonst eigentlich nur bei Autokraten sehen. Und gleichzeitig hat Herr Merz aber ja kein Problem damit, dass eine Lobbyistin Wirtschaftsministerin wurde und sich Argumente gegen Batteriespeicher bei den Energiekonzernen bestellt.

## **Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen forderte die CDU/CSU, das Informationsfreiheitsgesetz abzuschaffen und das Umweltinformationsgesetz stark einzuschränken. Was hätte das für unsere Arbeit bedeutet?**

Beide Gesetze, Informationsfreiheitsgesetz und Umweltinformationsgesetz, sind durch Europarecht und die von Deutschland ratifizierte Aarhus-Konvention verbrieft. Den Bürgerinnen und Bürgern diese Rechte vorenthalten zu wollen, lehnen wir natürlich ab. Wer lautstark von anderen Transparenz fordert, muss diese auch im eigenen Regierungshandeln herstellen. Dass die Regierung oder Großkonzerne von nichtstaatlichen Akteuren wie zum Beispiel Journalistinnen und Journalisten, aber auch von Umweltschutzorganisationen in die Verantwortung für ihr Handeln genommen werden können, gehört zum Grundprinzip der liberalen Demokratie dazu.



In unserer täglichen Arbeit nutzen wir vor allem das Umweltinformationsgesetz: Es schreibt beispielsweise vor, dass über Emissionen in die Umwelt – ob nun Pestizideinsätze, Gaslecks oder CO<sub>2</sub>-Ausstoß – auf Nachfrage informiert werden muss. Ohne dieses Instrument könnten wir einen wichtigen Teil unserer Arbeit gar nicht mehr machen, oder wir müssten ohne Zugriff auf staatliche und Unternehmensdaten noch viel mehr selbst messen.

Zum Glück konnten wir diesen Angriff auf unsere Rechte gemeinsam mit einem großen Bündnis verhindern!

**Erleben wir gerade einen strukturellen Angriff auf die Zivilgesellschaft wie derzeit in den USA, und was können wir dagegen tun?**

Ich würde nicht so weit gehen, hier schon amerikanische Verhältnisse zu sehen: Wenn die Pressesprecherin des Weißen Hauses auf Presseanfragen mit „Deine Mutter“-Sprüchen reagiert, ist das schon ein anderes Niveau als in Deutschland. Allerdings spüren wir in

dieser Regierung neben den oben erwähnten Angriffen schon eine sehr deutliche Kälte: Anfragen an Ministerien werden ignoriert oder nichtssagend knapp beantwortet, Wirtschaftsministerin Katherina Reiche hat noch keinen einzigen Termin mit Umwelt- und Klimaschutzorganisationen gemacht, aber jede Menge mit Öl- und Gaskonzernen. Ich denke, dass wir uns gerade an einem Scheideweg befinden, in dem die Union sich entscheiden muss, ob sie den MAGA-Pfad einschlagen möchte oder nicht. Ich habe aber noch Hoffnung, dass dieser Pfad sich rechtzeitig selbst als der Irrweg enttarnt, der er ist, und zum abschreckenden Beispiel wird.

**Fabian Holzheid**  
**Politischer Geschäftsführer**



# GEMEINSAM GEGEN DIE GIFT- PLÄNE DER EU-KOMMISSION



Im Herbst 2025 erfuhren wir durch einen Leak von einem brisanten Vorhaben der EU-Kommission: Im Rahmen eines sogenannten Omnibus-Pakets sollten über Jahrzehnte mühsam erkämpfte Schutzregeln im Pestizidrecht mit einem Schlag abgeschafft werden. Geplant waren unbefristete Genehmigungen für Pestizide, erleichterte Zulassungen für bereits verbotene Wirkstoffe und verlängerte Aufbrauchfristen selbst nach einem Verbot.

Wir reagierten deshalb umgehend: Innerhalb weniger Tage stellten wir eine Online-Petition auf die Beine. Fast 90.000 Menschen beteiligten sich an dieser gemeinsamen Aktion mit Foodwatch. Parallel erarbeiteten wir ein fachliches Positionspapier, suchten den Austausch zu Entscheidungsträger:innen und veranstalteten im Bündnis eine Pressekonferenz mit Stimmen aus der Wissenschaft.

Als die Kommission ihren offiziellen Gesetzesvorschlag schließlich vorlegte, zeigte sich: Unser Einsatz war nicht umsonst! Mit unserem Protest konnten wir einige wirklich drastische Vorstöße abwehren. Doch noch immer droht ein massiver Rückschritt beim Schutz vor gesundheits- und umweltschädlichen Pestiziden, der uns rund 30 Jahre zurückwerfen könnte.

Deshalb setzten wir auch 2026 unser Engagement fort. Gemeinsam mit Partnerorganisationen veröffentlichten wir ein juristisches Gutachten, das zeigt: Zentrale Elemente des Vorschlags verstoßen gegen geltendes EU-Recht. Dieses Gutachten erzielte breite Beachtung bei den relevanten Entscheidungsträger:innen und diente in Ministerien, Abgeordnetenbüros und in den Medien als wichtige Argumentationsgrundlage gegen den Abbau von Schutzstandards.

# GEFÄHRLICHE PESTIZIDE IN DER ENDLOSSCHLEIFE

88%

der 2023 in Deutschland verkauften  
Pestizidmenge waren ohne aktuelle  
Risikoprüfung



Auch wenn die EU-Kommission mit dem „Pestizid-Omnibus“ (siehe S. 12) derzeit genau dieses Prinzip aufweichen will, ist das EU-Pestizidrecht eigentlich eindeutig: Die Risiken von Pestiziden für Mensch und Umwelt müssen regelmäßig nach aktuellem Stand der Wissenschaft überprüft werden. Nur wenn die Wirkstoffe diese Prüfung „bestehen“, dürfen sie weiterverkauft und eingesetzt werden. Doch in der Praxis passiert schon jetzt oft das Gegenteil. Immer häufiger verlängert die EU-Kommission die Zulassung von Pestiziden ohne diese Risikoprüfung. Damit bleiben gefährliche Pestizide jahrelang über ihr Ablaufdatum hinaus auf dem Markt.

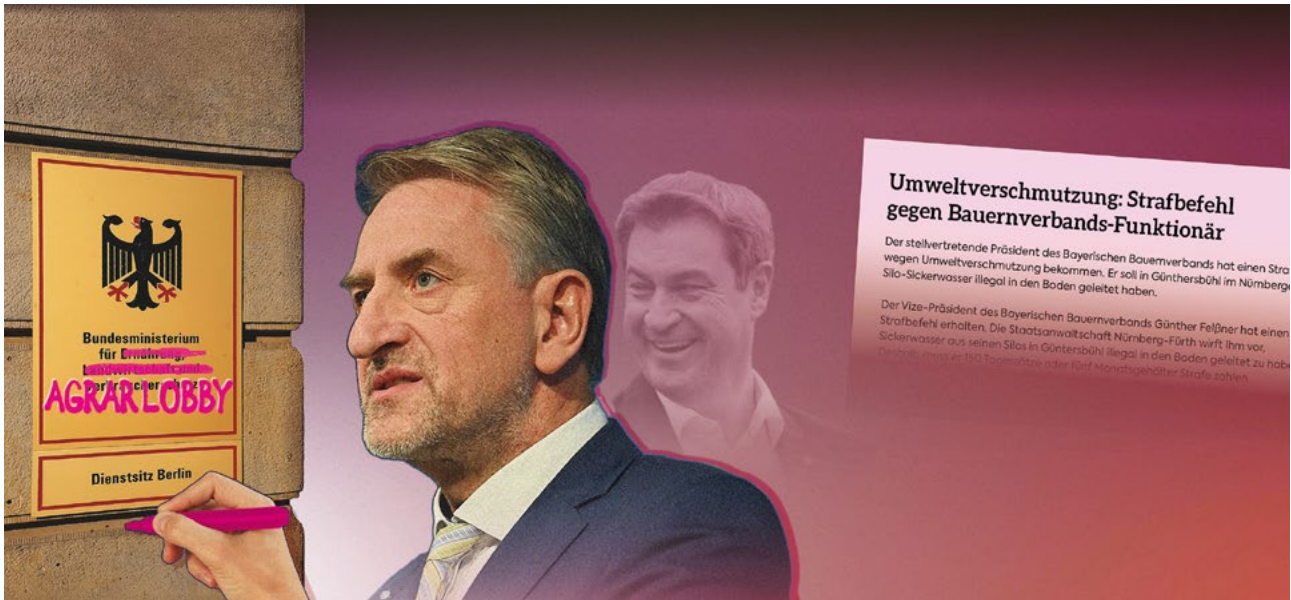
Um herauszufinden, wie verbreitet diese Praxis ist, beauftragten wir einen renommierten Pestizidexperten mit einer umfassenden Auswertung. Die Ergebnisse zeigen das Ausmaß des Problems deutlich: Rund 88 Prozent der 2023 in Deutschland verkauften Pestizidmenge waren ohne aktuelle Risikoprüfung zugelassen. EU-weit waren es 2024 rund 70 Prozent der chemisch-synthetischen Wirkstoffe. Besonders brisant: Nur drei der in der EU zugelassenen Pestizidwirkstoffe wurden zum Zeitpunkt der Auswertung noch nie ohne aktuelle Risikoprüfung verlängert!

Auch gefährliche Wirkstoffe wie Pendimethalin oder Chlortoluron bleiben so seit Jahren ohne aktuelle Risikoprüfung auf dem Markt, obwohl sie als krebserregend oder hormonell wirksam gelten oder sich zu sogenannten Ewigkeitschemikalien abbauen, die unsere Umwelt über Jahrzehnte belasten.

Möglich wird das durch ein Schlupfloch im EU-Pestizidrecht. Brauchen die zuständigen Behörden zu lange für die Neubewertung eines Wirkstoffs, kann die EU-Kommission eine sogenannte technische Verlängerung erteilen. Ursprünglich war diese Möglichkeit als Ausnahmeregelung gedacht, um kurzfristige Verzögerungen zu überbrücken.

Doch mit unserer Analyse haben wir aufgedeckt: Das Instrument der technischen Verlängerung wird systematisch missbraucht. Was als Ausnahme gedacht war, ist zur Regel geworden. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung und der EU-Kommission klare Konsequenzen: Der systematische Einsatz von technischen Verlängerungen muss aufhören!

# ZIVILER PROTEST WIRKT: AGRARMINISTER VERHINDERT!



Als sich Anfang 2025 die schwarz-rote Regierung bildete, brachte die CSU eine brisante Personalie ins Spiel. Wäre es nach dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder gegangen, wäre Günther Felßner, Präsident des Bayerischen Bauernverbands und Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands, Bundesminister für Landwirtschaft geworden. Für Umwelt, Klima und eine nachhaltige Landwirtschaft wäre seine Ernennung ein fatales Signal gewesen.

Felßner vertritt seit Jahren die Interessen der Agrarindustrie, leugnet wissenschaftliche Erkenntnisse zur Klima- und Biodiversitätskrise und wurde verurteilt, weil er von seinem Hof aus kontaminierte Abwässer in ein Wasserschutzgebiet leitete.

Für uns war klar: Dieser Mann durfte nicht Landwirtschaftsminister werden! Innerhalb weniger Tage starteten wir eine bundesweite Protestaktion und forderten Friedrich Merz und die weiteren Koalitionsverhandler:innen auf, Söders Wunsch nicht zu erfüllen. Mehr als 90.000 Menschen schlossen sich uns an. Gleichzeitig mobilisierten wir die Öffentlichkeit mit Presseaussendungen und in den sozialen Netzwerken und erhöhten so den politischen Druck.

Felßner verlor zunehmend Rückhalt und zog schließlich seine Kandidatur zurück. Auch wenn mehrere Faktoren zu dieser Entscheidung beitrugen, ist eines offensichtlich: Zivilgesellschaftlicher Protest kann politische Weichenstellungen beeinflussen. Dieser Erfolg bestärkt uns darin, auch künftig genau hinzuschauen, wenn zentrale Ämter mit weitreichender Bedeutung für Umwelt und Gemeinwohl mit Lobbyist:innen besetzt werden sollen.

# GLYPHOSAT: NOCH KREBS- ERREGENDER ALS GEDACHT



Mitte 2025 veröffentlichte das renommierte Ramazzini-Institut die bislang umfassendste unabhängige Langzeitstudie zu Glyphosat. Die Ergebnisse haben es in sich: Das weltweit meist verkaufte Herbizid ist noch krebserregender als bislang angenommen – sogar in niedrigen, bisher offiziell als sicher eingestuft Mengen. Diese Ergebnisse bestätigten einmal mehr, was wir seit Jahren wissen: Glyphosat ist gefährlich für Mensch, Tier und Umwelt.

Trotz dieser neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse blieb die Bundesregierung untätig. Kein Wort dazu von Landwirtschaftsminister Alois Rainer, keine neuen Schutzmaßnahmen, kein Kurswechsel. Dabei wäre ein sofortiges Verbot von Glyphosat nicht nur möglich, sondern dringend notwendig.

Deswegen erhöhten wir im September 2025 den Druck. Mit einem offenen Brief und einer Online-Petition wandten wir uns an Gesundheitsministerin Nina Warzen und Umweltminister Carsten Schneider. Unsere Forderung: „Reden Sie Ihrem Amtskollegen Rainer ins Gewissen, sich mit der aktuellen Studienlage auseinanderzusetzen und Glyphosat in Deutschland zu verbieten!“ Fast 35.000 Menschen haben diese Forderung bislang unterstützt.

Parallel dazu kämpften wir 2025 außerdem in einem europaweiten Bündnis für ein Glyphosat-Verbot auf EU-Ebene: Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen klagen wir vor dem Gericht der Europäischen Union gegen die EU-Zulassung von Glyphosat. Das Verfahren ist komplex und langwierig – und wir stehen mächtigen Gegnern gegenüber: Denn Pestizidhersteller wie Bayer und Syngenta haben sich als Parteien in das Verfahren eingelassen und setzen erhebliche Ressourcen ein, um ihre Profite zu verteidigen.

Diese Klage ist daher nur dank der Unterstützung unserer Spender:innen und Fördermitglieder möglich. Ihre Beiträge ermöglichen es uns, mit den Chemiekonzernen auf Augenhöhe zu agieren. Auch 2026 werden wir uns weiter für ein Verbot von Glyphosat einsetzen. Danke, dass Sie dabei an unserer Seite sind!

**Mit einer Umweltklagen-Patenschaft können Sie unsere Klagen gegen gefährliche Pestizide unterstützen (siehe S. 26)**

[umweltinstitut.org/umweltklagen-patenschaft/tb25](https://umweltinstitut.org/umweltklagen-patenschaft/tb25)

# VERBOTEN IN DER EU – UND TROTZDEM AUF UNSEREN TELLERN



Pestizide, die in der EU aus gutem Grund verboten sind, werden weiterhin in andere Teile der Welt exportiert – und gelangen über importierte Lebensmittel wieder zu uns zurück. Gegen diesen unhaltbaren Zustand starteten wir 2025 gemeinsam mit der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch eine große Online-Aktion. Mehr als 110.000 Menschen forderten gemeinsam mit uns ein Ende dieses gefährlichen Kreislaufs.

Denn die Folgen sind gravierend: Auf Plantagen in Afrika, Asien und Lateinamerika gefährden diese hochgiftigen Stoffe die Gesundheit von Bäuerinnen und Bauern, vergiften Böden und Gewässer und zerstören die Artenvielfalt. Gleichzeitig kehren sie als Rückstände auf Obst und Gemüse in unsere Supermärkte zurück.

Eines der schlimmsten Beispiele: Mancozeb. Das Fungizid wird in Deutschland von der Bayer AG hergestellt und in die ganze Welt exportiert, obwohl der Stoff in der EU nicht mehr eingesetzt werden darf. Der Grund: Mancozeb wird von den europäischen Behörden als fortpflanzungsgefährdend eingestuft,

außerdem ist der Stoff hormonell wirksam, was Schilddrüsenkrebs hervorrufen kann. Dennoch verkauft Bayer Mancozeb weiterhin in andere Länder. Dort wird das Gift in der Lebensmittelproduktion eingesetzt und kehrt schließlich als Rückstand in Lebensmitteln zurück in unsere Supermarktregale beispielsweise auf Bananen, Zitrusfrüchten, Tomaten oder Kartoffeln.

Trotz des wachsenden öffentlichen Drucks reagiert die Politik in Deutschland nicht. So sprach sich Landwirtschaftsminister Alois Rainer Anfang 2026 gegen schärfere Vorgaben für Pestizidrückstände in Import-Lebensmitteln aus. Umso wichtiger ist es, jetzt nicht locker zu lassen. Deswegen planen wir hierzu Öffentlichkeitsarbeit, Auswertungen und Fachgespräche mit Politiker:innen.

# KLAGE GEGEN PENDIMETHALIN

Das Ackergift Pendimethalin steht im Verdacht, ins menschliche Hormonsystem einzugreifen und Föten während der Schwangerschaft zu schädigen. Außerdem ist der Stoff hochgiftig für Wasserorganismen und hat negative Auswirkungen auf Vögel und Insekten. Daher ist es besonders bedenklich, dass dieses Pestizid sich kilometerweit über die Luft verbreiten kann – bis in Wohnsiedlungen, auf Spielplätze oder auch in Naturschutzgebiete. Wegen seiner Risiken für Umwelt und Gesundheit ist Pendimethalin in der EU bereits seit Jahren offiziell als Substitutionskandidat eingestuft. Das sind Pestizide, die so gefährlich sind, dass sie eigentlich durch weniger schädliche Alterna-

tiven ersetzt werden sollten. Und trotzdem hat die EU-Kommission die Zulassung von Pendimethalin 2024 verlängert – und das sogar ohne aktuelle Risikoprüfung! Möglich machte das ein Schlupfloch im EU-Recht, die sogenannten technischen Verlängerungen (siehe S.13).

Deshalb reichten wir im Sommer gemeinsam mit dem Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft Klage vor dem Europäischen Gericht ein. Mit unserer Klage wollen wir erreichen, dass Pendimethalin endlich verboten wird und die Praxis der technischen Verlängerungen ohne neue Risikobewertungen grundsätzlich beendet wird.

# LECK IN CHEMIEFABRIK



Über Jahre hinweg konnte aus dem Chemiewerk der Firma Solvay in Bad Wimpfen mit hoher Sicherheit das Treibhausgas Schwefelhexafluorid entweichen.  $\text{SF}_6$  zählt zu den klimaschädlichsten bekannten Treibhausgasen: Es ist etwa 24.000-mal wirksamer als  $\text{CO}_2$  und verbleibt für tausende Jahre in der Atmosphäre. Dass ein solches Gas über lange Zeit tonnenweise unbemerkt oder ohne ausreichende Gegenmaßnahmen entweichen konnte, ist nicht nur eine Katastrophe für das Klima. Es wirft auch grundlegende Fragen nach Kontrolle, Transparenz und Verantwortung in der Chemieindustrie auf.

Als dieser Skandal ans Licht kam, ließen wir im Dezember 2025 Solvay eine unübersehbare Botschaft da: Ihr seid nicht ganz dicht. Kümmert euch endlich darum!

Der Fall zeigt exemplarisch, wie groß die Klimawirkung einzelner Industrieanlagen sein kann – und wie wichtig konsequente Aufsicht, verbindliche Emissionskontrollen und klare politische Konsequenzen sind.

# GEWONNEN VOR DER ERSTEN VERHANDLUNG

Sulfurylfluorid (SF) ist bis zu 7.500-mal klimaschädlicher als CO<sub>2</sub> und wird in großen Mengen vor allem zur Begasung von Exportholz eingesetzt. Gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe und Protect the Planet sind wir deshalb vor Gericht gezogen. Unsere Klage gegen das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) sollte die Zulassung des SF-haltigen Pestizids ProFume stoppen. Im Interview erklärt unser Referent Dr. Hauke Doerk, warum die Klage schon vor dem ersten Verhandlungstag erfolgreich war.

## Wie ist der aktuelle Stand der Klage gegen Sulfurylfluorid?

Die Klage gegen die Zulassung von ProFume, einem SF-haltigen Pestizid, in Deutschland beschäftigt uns mittlerweile seit mehr als einem Jahr. In dieser Zeit haben wir intensiv an der inhaltlichen Aufarbeitung des Falls gearbeitet. Konkret bedeutet das: Wir haben rund 2.000 Seiten aus dem Verwaltungsvorgang ausgewertet und gemeinsam mit unseren Bündnisorganisationen mehr als 30 Umweltinformationsgesetz-Anfragen gestellt. Dabei ging es unter anderem um tatsächliche Einsatzmengen sowie um die Anwendung bei winterlichen Temperaturen, bei denen Sulfurylfluorid nachweislich nicht ausreichend wirksam ist. Diese Recherchen haben zentrale Schwachstellen der bisherigen Zulassung offengelegt.

## Um welche Schwachstellen geht es?

Für uns besonders relevant ist, dass bei der Zulassung die Klimaschädlichkeit der Begasung nicht ausreichend berücksichtigt wurde: Die mit dem Beitrag zur Klimakrise verbundenen Risiken für Mensch und Natur spielten keine Rolle. Die Zulassung zur Begasung von Holzstämmen ist außerdem angreifbar, weil sie nur für geringfügige Anwendungen erteilt wurde. Darüber hinaus stellte sich heraus, dass SF-Begasung bei winterlichen Temperaturen nicht zuverlässig gegen Insektenbefall wirkt. Damit haben wir eine

extrem klimaschädliche Praxis, die nicht einmal ihren Zweck erfüllt. Das ist schon absurd.

## Wie läuft das Verfahren bislang ab?

Wir tauschen regelmäßig Schriftsätze mit dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, dem BVL, sowie mit dem Hersteller Douglas aus. Eine mündliche Verhandlung gab es bislang nicht. Das liegt vor allem daran, dass das BVL nach zahlreichen Fristverlängerungen erst Ende April 2026 eine Klageerwidderung eingereicht hat. Diese Verzögerungstaktik ist natürlich ärgerlich. Beim Klimaschutz dürfen wir schließlich keine Zeit verlieren. Inhaltlich hat die Behörde jedoch ein zentrales Argument unserer Klage aufgegriffen – und das ist ein riesiger Erfolg.

## Worum geht es?

In Reaktion auf unsere Klage hat das BVL die Zulassungsbedingungen für ProFume prüfen lassen und übereinstimmend mit unserer Kritik festgestellt: Seit Jahren werden so große Mengen Holz begast, dass der Einsatz längst nicht mehr als geringfügig einzustufen ist. Das BVL hat daraufhin die Zulassung für die Anwendung an Holz widerrufen. Das ist ein großer Erfolg für den Klimaschutz und ein wichtiger Erfolg unserer Klage.



### Ist das Verfahren damit entschieden?

Leider noch nicht. Zum einen gibt es Anwendungen außer der Holzbegasung, gegen die unsere Klage zunächst weiterläuft. Außerdem hat das BVL die Abverkaufs- und Aufbrauchfristen voll ausgereizt – insgesamt 18 Monate. Es besteht die Möglichkeit, dass der Hersteller in diesem Zeitraum eine neue unbeschränkte Zulassung für die Holzbegasung beantragt. Sollte es dazu kommen, ist unser Engagement gefragt. Denn in einem regulären Zulassungsprozess muss eine echte Risikoprüfung stattfinden. Das ist eine einmalige Chance für uns, Klimaschutz im Pestizidrecht zu etablieren. Wir konnten also einen riesigen Erfolg einfahren, vollständig entschieden ist das Verfahren aber noch nicht. Wir beobachten die nächsten Schritte sehr genau.

### Gibt es Alternativen zu Sulfurylfluorid, die den Ausstieg realistisch machen?

Ja, und das ist ein sehr wichtiger Punkt. Der Abschlussbericht des Klimativ Projekts, das das Julius Kühn-Institut Ende 2025 veröffentlicht hat, zeigt,

dass die Wärmebehandlung mit Dampf eine wirksame und praktikable Alternative zur Begasung mit Sulfurylfluorid ist. Im Ausland gibt es seit Kurzem bereits Anbieter auf dem Markt für dieses Verfahren. Der Einsatz dieses klimaschädlichen Stoffes ist also überhaupt nicht notwendig, so dass Klimaschutz und praktikable Lösungen hier sehr gut zusammengehen können.

Wir fordern deshalb vom BVL, dass es die Zulassung für SF-haltige Pestizide ersatzlos zurücknimmt und keine weitere Zulassung erteilt. Von der Bundesregierung fordern wir, sich auf EU-Ebene gegen die Wiederzulassung von Sulfurylfluorid als Pestizidwirkstoff einzusetzen. Zum Bewertungsverfahren bei den EU-Behörden haben wir bereits eine Stellungnahme eingereicht, die Abstimmung im EU-Pestizidausschuss steht noch in diesem Jahr an.

**Dr. Hauke Doerk**  
**Referent für Energiepolitik**



# RAUS AUS DEM GAS!



Eigentlich ist die Rechnung ganz einfach: Immer mehr Menschen steigen auf Wärmepumpen oder Fernwärme um. Für das Klima ist das notwendig. Doch für die verbleibenden Gaskund:innen droht dadurch eine massive Kostenexplosion. Denn das Gasnetz muss weiterhin finanziert werden – von immer weniger Haushalten. Ohne klare Planung wird das teuer.

Um diese Entwicklung belastbar zu beziffern, gaben wir 2025 eine Studie beim Fraunhofer-Institut in Auftrag. Das Ergebnis ist eindeutig: Bis 2045 könnten sich die Netzentgelte für einen typischen Drei-Personen-Haushalt von heute 300 Euro auf bis zu 4.300 Euro pro Jahr erhöhen. Zugleich zeigen die Forscher, dass nur eine frühzeitig geplante, schrittweise Stilllegung der Netze einen Teil der Kosten spart. Teurer wird es aber in jedem Szenario.

Entscheidend ist deshalb, dass Kommunen und Netzbetreiber rechtzeitig handeln. Damit das passiert, braucht es klare gesetzliche Vorgaben und kommunale Ausstiegspläne. Im Oktober 2025 starteten wir deshalb eine bundesweite „Bürgermeister:innen-Aktion“: Bürger:innen konnten so eine vorgefertigte

„Die Kosten für Gaskund:innen werden mittelfristig durch immer schneller steigende Netzentgelte völlig aus dem Ruder laufen. Darum muss die Politik jetzt eine verbindliche Planung für einen bezahlbaren Gasausstieg in die Wege leiten.“



**Prof. Dr. Volker Quaschnig**  
Professor für regenerative Energiesysteme,  
HTW Berlin

Mail an ihre Bürgermeister:innen und/oder Landrät:innen senden und nach dem Stand der Wärmewende vor Ort fragen. Denn mit der kommunalen Wärmeplanung entscheidet sich vor Ort, wie gut Städte und Gemeinden den Übergang zu erneuerbarer Wärme vorbereiten.

Parallel brachten wir uns mit Briefen, Lobby-Gesprächen und umfassenden Stellungnahmen in die politische Debatte ein. In mehreren Webinaren vermittelten wir Hintergrundwissen an hunderte Kommunen aus ganz Deutschland. Aber auch mit lokalen Ehrenamtlichen arbeiten wir eng zusammen: Mehr als 25 Umweltgruppen berieten wir 2025 zum Thema Gasausstieg in ihrer Stadt. In Zusammenarbeit mit Greenpeace, GermanZero und dem BUND brachten wir außerdem mehr als 30 Engagierten aus ganz Deutschland an einem Wochenende bei, wie sie eine lokale Wärmewende-Kampagne starten. Dafür haben wir sowohl inhaltliche Inputs als auch Methoden zur effektiven Kampagnenplanung vermittelt.

Unsere Arbeit zeigt: Der Gasausstieg braucht verbindliche Regeln. Dennoch schiebt das Bundeswirtschaftsministerium das Thema weiter auf die lange Bank. Deswegen setzen wir uns 2026 weiter für einen planbaren und sozial gerechten Rückzug aus dem fossilen Gas ein.

# SCHLUSS MIT FOSSILEN IRRWEGEN



Mit dem Amtsantritt von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche nahm die energiepolitische Debatte in Deutschland eine dramatische Wende. In ihrer Antrittsrede kündigte sie an, Deutschland müsse sich „ehrlich machen“ bei der Energiewende – und stellte den Bau zahlreicher neuer Gaskraftwerke in Aussicht. Eine solche neue Infrastruktur würde Deutschland über Jahrzehnte an fossiles Gas binden und Investitionen in erneuerbare Energien ausbremsen.

Besonders brisant dabei: Katherina Reiche arbeitete jahrelang für Unternehmen, die wirtschaftliche Interessen im Bereich Gas, Gasnetze und Wasserstoff haben. Als Wirtschaftsministerin vertritt sie nun weiter die Positionen ihrer früheren Arbeitgeber.

Gemeinsam mit knapp 30.000 Unterstützer:innen protestierten wir deshalb gegen die Pläne: In einer Online-Aktion forderten wir: „Keine neuen fossilen Kraftwerke in Deutschland!“ Zwar sind Reiches überdimensionierte Pläne vorerst gescheitert. Doch im Wirtschaftsministerium wird weiter an Maßnahmen gearbeitet, die der fossilen Industrie weitere Milliarden sichern könnten.

Auch in der Haushaltspolitik geriet der Klimaschutz unter Druck. Finanzminister Lars Klingbeil änderte den Bundeshaushalt so, dass mindestens 3,4 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds für fossile Gasimporte verwendet werden konnten. Damit wurden Ausgaben für fossile Energie als Klimaschutzmaßnahme verbucht. Auch unsere Online-Aktion mit mehr als 20.000 Unterschriften konnte diese Zweckentfremdung der Klimagelder nicht verhindern.

Der bisherige Höhepunkt der fossilen Rolle rückwärts folgte Anfang 2026: Änderungen am Heizungsgesetz sollten den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen wieder ermöglichen, Reformen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) die Förderung von Dach-Solaranlagen und den Anschluss- und Einspeisevorrang für Grünstrom-Anlagen streichen.

Wir sagen: Es reicht! Mit einem Eil-Appell forderten wir Bundeskanzler Merz auf, diese energiepolitische Kehrtwende zu stoppen und Katherina Reiche als Ministerin zu entlassen. Innerhalb weniger Tage unterstützten mehr als 55.000 Menschen unseren Protest.

# DER UNTERSCHÄTZTE SCHLÜSSEL ZUR ENERGIEWENDE



Die grünste Kilowattstunde ist die, die gar nicht erst verbraucht wird. Der Spruch ist so alt wie die Idee der Energiewende, doch noch immer wird diese einfache Wahrheit viel zu wenig ernst genommen. Dabei zeigt sich gerade in der Industrie, wie groß die ungenutzten Potenziale sind.

Um diese konkret zu beziffern, veröffentlichten wir 2025 gemeinsam mit Partnerorganisationen eine Studie. Das zentrale Ergebnis: In Deutschland wird jedes Jahr Energie im Wert von rund 29 Milliarden Euro verschwendet. Rund 40 Prozent des Energieverbrauchs könnte die Industrie allein mit wirtschaftlich rentablen Maßnahmen einsparen. Die Studie zeigt eindrücklich: Energieeffizienz schützt nicht nur das Klima, sondern ist auch ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor. Gerade in Zeiten steigender Energiepreise und geopolitischer Unsicherheiten wird deutlich, wie wichtig es ist, Energie sparsam zu nutzen, um den Import fossiler Rohstoffe zu begrenzen.

Die Ergebnisse stellten wir bei einem parlamentarischen Frühstück in Berlin vor und brachten sie gezielt in politische Entscheidungsprozesse ein. Parallel dazu haben wir unsere Lobby- und Netzwerkarbeit



deutlich ausgebaut. Gemeinsam mit Umweltorganisationen, Thinktanks und Industrievertreter:innen arbeiten wir daran, Energieeffizienz als zentrales industriepolitisches Thema zu verankern. Immer mehr Akteure greifen unsere Argumente auf und tragen sie in die politische Debatte.

Unsere Arbeit zeigt: Energieeffizienz ist kein Nischenthema, sondern ein zentraler Hebel für Klimaschutz, wirtschaftliche Stabilität und eine zukunftsfähige Industrie. Deshalb setzen wir uns auch künftig dafür ein, dass dieses Potenzial endlich konsequent genutzt wird.

# UNABHÄNGIGE STRAHLENMESSUNG SICHERN – SEIT 40 JAHREN



Mit dem Gammaskpektrometer führen wir unser seit Jahrzehnten bestehendes Messprogramm fort: Seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 analysieren wir kontinuierlich Lebensmittel- und Umweltproben. Dazu gehören insbesondere Pilze und andere Waldprodukte, Wildfleisch sowie Boden- und Pflanzenproben.

Unsere Langzeitdaten zeigen: Die Belastung nimmt zwar insgesamt langsam ab, ist aber keineswegs verschwunden. Besonders in Wäldern können sich radioaktive Stoffe über Jahrzehnte halten. So sind Wildpilze und Wildfleisch aus einigen Regionen Deutschlands immer noch so hoch belastet, dass sie nicht zum Verzehr geeignet sind.

Ergänzend dazu messen wir kontinuierlich die Münchner Außenluft, um im Ernstfall schnell und unabhängig über mögliche Strahlenbelastungen informieren zu können. Mit unseren Messungen schaffen wir Transparenz und ermöglichen es Bürger:innen, Risiken besser einzuschätzen.

Dank der Unterstützung unserer Spender:innen konnten wir 2025 das Herzstück unseres Radioaktivitätslabors erneuern: unser Gammaskpektrometer. Dieses hochsensible Messgerät ermöglicht es uns, Umwelt- und Lebensmittelproben präzise und unabhängig von Behörden und Industrie auf radioaktive Belastung zu untersuchen. Dabei messen wir nicht nur die Strahlung insgesamt, sondern bestimmen auch gezielt einzelne Radionuklide wie das langlebige Cäsium-137, das bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl freigesetzt wurde und bis heute in der Umwelt nachweisbar ist.

Auch politisch bleiben wir aktiv: 2025 protestierten wir am Forschungsreaktor in Garching bei München gegen den geplanten Transport hochradioaktiven Materials in ein Zwischenlager nach Ahaus. In Garching wird seit mehr als 20 Jahren hoch angereichertes Uran verwendet – ein Stoff, der auch für den Bau von Atomwaffen missbraucht werden kann. Statt den Atommüll vor Ort zu sichern und zu entschärfen, wurde er durch das ganze Land ins Zwischenlager nach Ahaus transportiert. Dabei ist das Lager in Nordrhein-Westfalen für solchen Atommüll überhaupt nicht geeignet. Der Fall zeigt exemplarisch, dass die Probleme der Atomkraft auch nach dem Atomausstieg keineswegs gelöst sind.

# PATENTE AUF PFLANZEN: ANGRIFF AUF VIELFALT UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT



Eigentlich ist die Rechtslage klar: Patente auf traditionell gezüchtete Pflanzen sind in Europa laut dem Europäischen Patentübereinkommen verboten. Doch in der Praxis werden solche Patente weiterhin erteilt. Allein im vergangenen Jahr wurden rund 40 Patente auf Pflanzen ohne Gentechnik vergeben, darunter Tomate, Mais und Spinat. Agrarkonzerne nutzen juristische Schlupflöcher und sichern sich exklusive Rechte auf natürliche Eigenschaften wie Wuchsform, Widerstandsfähigkeit oder Inhaltsstoffe – und damit auf die Grundlage unserer Ernährung. Die Folgen: Kleine und mittlere Züchtungsunternehmen werden vom Markt gedrängt, die Saatgutvielfalt geht verloren und die Ernährungssicherheit wird gefährdet. Das Europäische Patentamt ermöglicht das, indem es bei der Patentvergabe die Interessen von Unternehmen über die der Allgemeinheit stellt. Für uns ist klar: Was in der Natur vorkommt, darf nicht privatisiert werden. Deshalb engagieren wir uns seit vielen Jahren auf politischer und juristischer Ebene gegen diese industriefreundliche Vergabep Praxis.

2025 haben wir gemeinsam mit dem Bündnis „No Patents on Seeds“ Einspruch gegen ein Patent auf Tomaten eingelegt. Das französische Saatgutunternehmen Vilmorin beansprucht darin eine natürliche Widerstandsfähigkeit der Pflanze gegenüber einer weit verbreiteten Viruskrankheit als eigene Erfindung. Außerdem starteten wir eine bundesweite Petition für ein wasserdichtes Verbot von Patenten auf traditionell gezüchtete Pflanzen. Anlass war die Ablehnung unseres Einspruchs gegen ein Patent von BASF auf eine Wassermelone, deren Saatgut ursprünglich in einem Hausgarten entdeckt wurde. Knapp 40.000 Menschen unterstützen bereits unsere Forderung an Justizministerin Hubig. Zum Jahresende verliehen wir unserem Anliegen zusätzlich Nachdruck mit einem offenen Bündnisbrief an die Ministerin.

# WISSEN, DAS WIRKT – FÜR GROß UND KLEIN



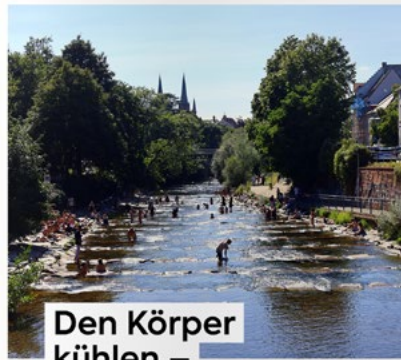
## ELEKTROLYT-LÖSUNG ZUM SELBERMACHEN

Elektrolyte wie Natrium, Kalium, Magnesium oder Kalzium sind lebensnotwendig, um die Funktion unserer Zellen, unseres Gewebes und schlussendlich unseres Körpers zu gewährleisten. Starkes Schwitzen kann wie Durchfall oder Erbrechen zu einem Mangel an diesen wichtigen Mineralstoffen führen.

Mit einem einfachen Getränk lässt sich das wieder ausgleichen:

- 1 Liter stilles Trinkwasser
- ½ TL Kochsalz
- 1 Tasse Orangensaft oder zwei Bananen
- 4 TL Haushaltszucker

Alle Zutaten in einen Mixer geben und mit einem Pürierstab pürieren.



## Den Körper kühlen – einfach und effektiv

Wenn Schwitzen allein nicht mehr reicht, braucht man Hilfe. Die einfachste Maßnahme: raus aus der Sonne. Auch Kopfbedeckungen, erfrischende Fußbäder, Tücher auf Nacken und Handgelenken schützen vor einer Plastikflasche kannst du einen Kühlpock ersatzlich ganz mit Wasser, friere sie ein und schon wird sie Kühlelfiler.

9

Umwelt- und Klimaschutz vor der eigenen Haustür: Mit unserem Ratgeber „Mein Bienengarten“ geben wir praktische Tipps, wie man den eigenen Garten oder Balkon in ein Paradies für Bienen, Schmetterlinge und Co. verwandeln kann. Weil dieser Ratgeber seit vielen Jahren stark nachgefragt wird, haben wir unser Angebot 2025 deutlich ausgebaut – und erstmals gezielt auch Materialien für Kinder entwickelt.

Neu hinzugekommen sind Ratgeber rund um die alltäglichen Herausforderungen in der Biodiversitäts- und Klimakrise: Wie gelingt Gärtnern unter veränderten Klimabedingungen? Wie lassen sich Gärten igelfreundlich gestalten? Und wie schützt man sich und andere vor zunehmender Sommerhitze? Wie beim „Bienengarten“-Ratgeber stellen wir auch diese Inhalte als praxisnahe, kostenlose PDF-Downloads bereit.

Gleichzeitig haben wir ein neues Format entwickelt, um auch die Jüngsten für diese Themen zu sensibilisieren. Unser Ziel: Umweltwissen spielerisch vermitteln, geeignet für Kindergarten- und Grundschulkindern, für zu Hause ebenso wie in Bildungseinrichtungen. Mit unserer Drehscheibe zum Igeljahr lernen Kinder die Bedürfnisse der gefährdeten Tiere im Jahresverlauf kennen. Ein „Himmel und Hölle“-Spiel vermittelt spielerisch, wie sie Insekten im Alltag helfen können. Und zur Weihnachtszeit begleitet unser Umweltwichtel Kinder mit kleinen Aufgaben und Ideen für mehr Nachhaltigkeit durch die Adventszeit.

Unsere Ratgeber und Bastelangebote zeigen: Schon kleine Veränderungen machen den Unterschied – im eigenen Garten, im Alltag und im Denken der nächsten Generation. Deshalb werden wir dieses Angebot auch künftig weiter ausbauen.

# GEMEINSAM FÜR EINE VIELFÄLTIGE UND ARTENREICHE UMWELT



*„Ich unterstütze das Umweltinstitut München seit vielen Jahren mit großer Überzeugung, weil mich das außergewöhnliche Engagement immer wieder beeindruckt. Mit viel Leidenschaft, Ausdauer und fachlicher Kompetenz setzt sich das Team konsequent für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit ein – auch dort, wo Widerstände spürbar sind. Besonders bewundere ich den Mut und die Entschlossenheit, notwendige Veränderungen aktiv voranzutreiben und sich für eine lebenswerte Zukunft einzusetzen.“*

Peter W., Fördermitglied

Unsere Arbeit wäre ohne die Unterstützung vieler engagierter Menschen nicht möglich. Sie schafft die Grundlage dafür, dass wir Umweltprobleme sichtbar machen und Veränderungen anstoßen können. Um wirksam zu sein, braucht es dabei vor allem eines: Ausdauer.

**Jetzt Fördermitglied werden oder spenden: [umweltinstitut.org/unterstuetzen/tb25](https://umweltinstitut.org/unterstuetzen/tb25)**

Im Jahr 2025 haben wir unsere Arbeit im Bereich strategischer Umweltklagen weiter ausgebaut. Im Fokus stehen dabei besonders gefährliche Pestizide wie Glyphosat, Pendimethalin und Sulfurylfluorid.

Solche Klagen sind komplex und erstrecken sich häufig über viele Jahre. Unser Ziel ist es, nicht nur einzelne Entscheidungen zu erwirken, sondern mit richtungsweisenden Urteilen dauerhafte rechtliche Lösungen für zentrale Umweltprobleme zu schaffen.

Diese kontinuierliche juristische Arbeit erfordert eine verlässliche finanzielle Grundlage. Eine Umweltklagen-Patenschaft leistet hier einen wichtigen Beitrag: Sie ermöglichen es uns, Verfahren zu planen, durchzuführen und auch dann dranzubleiben, wenn Prozesse in die nächste Instanz gehen.

Unsere Umwelt kann sich nicht selbst verteidigen. Deshalb setzen wir uns juristisch für ihren Schutz ein. Mit einer Patenschaft unterstützen Sie die juristische Verteidigung unserer Lebensgrundlagen und tragen dazu bei, dass Umwelt und Gesundheit eine starke Stimme vor Gericht erhalten.

**Jetzt Umweltklagenpatenschaft abschließen oder verschenken:**

**[umweltinstitut.org/umweltklagenpatenschaft/tb25](https://umweltinstitut.org/umweltklagenpatenschaft/tb25)**



# EIN VERMÄCHTNIS FÜR DIE NATUR

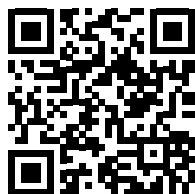
Eine vorausschauende Regelung des eigenen Nachlasses sorgt für Klarheit und ermöglicht Ihnen, dass persönliche Werte über das eigene Leben hinaus Bestand haben. Wer gemeinnützig vererbt, kann einen Teil seines Vermögens gezielt für den Umwelt- und Klimaschutz einsetzen und so langfristig Wirkung entfalten.

Durch eine bewusste Nachlassgestaltung behalten Sie die Kontrolle darüber, wie Ihr Vermögen verwendet wird. Dabei stellen sich häufig grundlegende Fragen etwa zum Erbrecht, zu Pflichtanteilen oder zu den formalen Anforderungen eines Testaments. Auch die Möglichkeit, eine gemeinnützige Organisation gezielt zu berücksichtigen, wirft oft Klärungsbedarf auf.

Wir unterstützen Sie gerne dabei, Ihren Nachlass nach Ihren Vorstellungen zu regeln. Dabei arbeiten wir mit erfahrenen Fachanwält:innen für Familien- und Erbrecht zusammen, die Sie kompetent begleiten.



Weitere Informationen finden Sie auf unserer  
Webseite: [umweltinstitut.org/testament/tb25](https://umweltinstitut.org/testament/tb25)



Dort stellen wir Ihnen unsere neue Broschüre „Ihr Vermächtnis für die Natur“ zur Verfügung. Sie können sie direkt herunterladen oder ein gedrucktes Exemplar anfordern. Bestellungen nehmen wir auch gerne telefonisch unter 089/30 77 49 0 entgegen.

Ergänzend bieten wir regelmäßig Webinare rund um das Thema Nachlassgestaltung und gemeinnütziges Vererben an. Diese geben Ihnen die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und offene Fragen zu klären. Eine Anmeldung ist jederzeit möglich.

Ihre persönliche Ansprechpartnerin

**Anja Lemmermann**  
**T. 089 / 30 77 49 0**  
**nachlass@umweltinstitut.org**

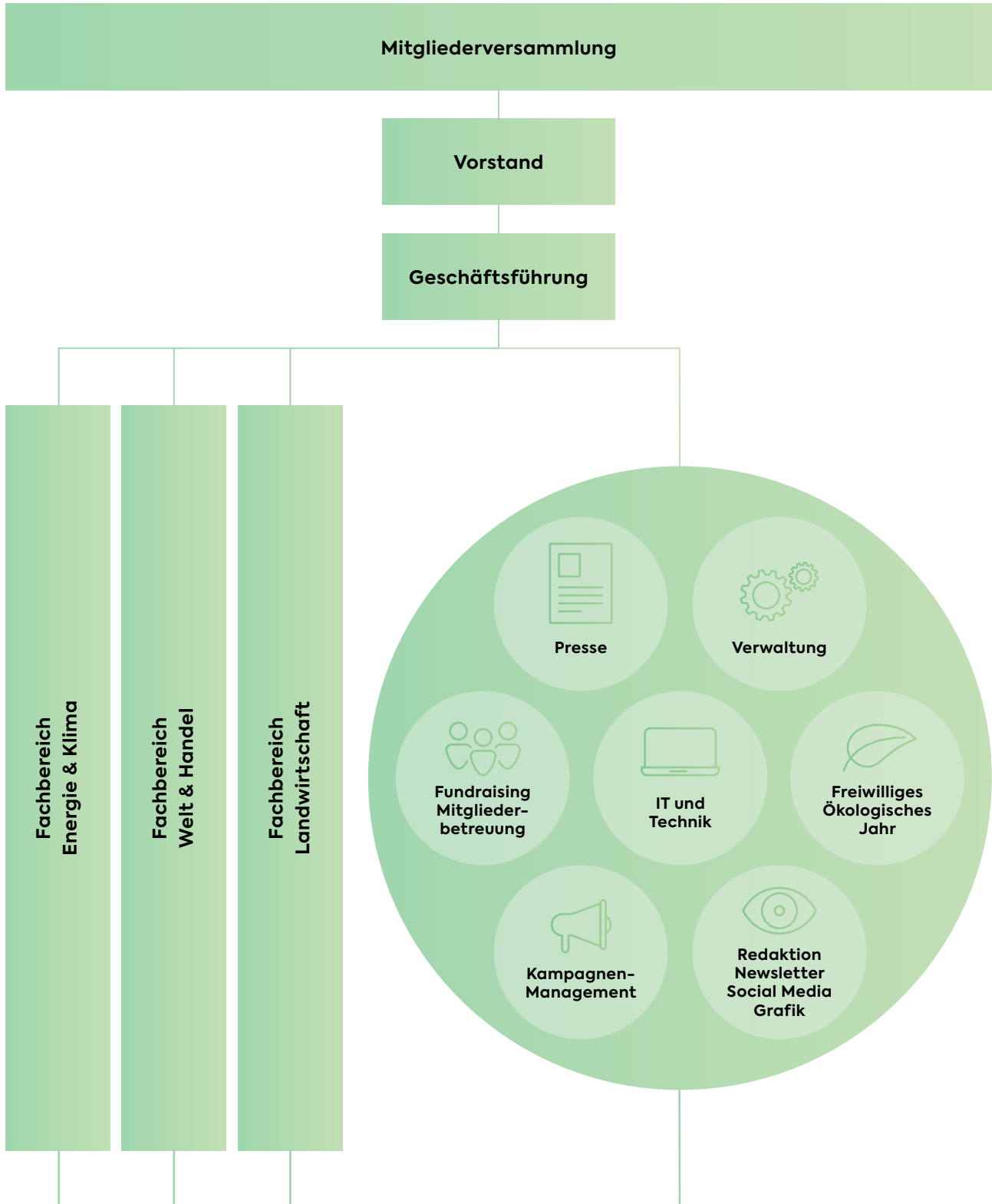


# ORGANISATION

Das Umweltinstitut München ist ein unabhängiger eingetragener Verein. Lernen Sie in diesem Kapitel unsere Geschäftsführung kennen, entdecken Sie unser Organigramm und erfahren Sie mehr über die Struktur und Zusammensetzung unseres Teams.



# UNSER ORGANIGRAMM



# UNSERE GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung verantwortet die operative Leitung des Umweltinstituts und setzt gemeinsam mit dem Vorstand die strategischen Ziele der Organisation um. Sie besteht aus einer politischen und einer kaufmännischen Geschäftsführung, die eng

zusammenarbeiten. Während die politische Geschäftsführung die inhaltliche Ausrichtung und Kampagnenarbeit steuert, sorgt die kaufmännische Geschäftsführung für stabile Strukturen, Finanzen und Verwaltung.

Seit 2020 bin ich im Umweltinstitut München für Finanzen und Personal tätig und arbeite gemeinsam mit engagierten Kolleg:innen daran, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

Besonders bewegt mich dabei die Unterstützung unserer Förder:innen und Spender:innen: Ihr Vertrauen und Engagement machen unsere unabhängige Arbeit für Mensch, Umwelt und eine lebenswerte Zukunft erst möglich.

**Corina Rohlf,**  
**kaufmännische Geschäftsführerin**

Seit 2013 arbeite ich beim Umweltinstitut – erst als Pressesprecher, später im Vorstand und seit 2017 als politischer Geschäftsführer.

Ich verantworte die strategische Ausrichtung unserer fachlichen Arbeit, begleite Kampagnen und vertrete das Institut nach außen. Mich treibt die Überzeugung an, dass wir Menschen noch vor dem ökologischen Kollaps lernen können, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren und friedlich zusammenzuleben.

**Fabian Holzheid,**  
**politischer Geschäftsführer**



# MITARBEITER:INNEN- UND GEHALTSSTRUKTUR



Im Jahr 2024 arbeiteten 30 Menschen festangestellt beim Umweltinstitut. Hinzu kommen zwei Kolleg:innen, die bei uns ein Freiwilliges Ökologisches Jahr absolvieren, sowie Praktikant:innen und studentische Hilfskräfte. Bei der Vergütung orientiert sich das Umweltinstitut am Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) Bund. Anpassungen aufgrund der Betriebszugehörigkeit und Tarifierhöhungen werden in der Regel nachvollzogen. Im Haustarif gibt es folgende Gehaltsstufen.

## **Studentische Mitarbeiter:innen, Trainees**

Entgeltgruppe 10

## **Organisation, Verwaltung**

Entgeltgruppe 11, 12

## **Referent:innen, Technik**

Entgeltgruppe 12

## **Geschäftsführung**

Entgeltgruppe 13

Für ein besonders hohes Maß an Einsatz und Verantwortungsübernahme kann eine Verantwortungszulage von bis zu 200 Euro monatlich gezahlt werden. Darüber hinaus bieten wir eine arbeitszeitunabhängige Familienzulage in Höhe von 200 Euro monatlich für das erste Kind sowie eine arbeitszeitanteilige Kinderzulage ab dem zweiten Kind. Betriebliche Altersvorsorge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie 30 Tage Jahresurlaub sind üblich.

Als Arbeitgeber bemühen wir uns um eine familienfreundliche Gestaltung des Arbeitsalltags – unter anderem durch flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit zum Home Office. Damit der persönliche Austausch dennoch nicht zu kurz kommt, gibt es regelmäßig feste Bürotage für alle.

# DAS JAHR 2025 IN ZAHLEN

Auch im Jahr 2025 haben unsere Fördermitglieder und Spender:innen unsere Arbeit für Umwelt- und Klimaschutz mit ihrem Engagement maßgeblich getragen. Ihre Unterstützung schafft die Grundlage dafür, dass wir unabhängig arbeiten und uns konsequent für den Schutz unserer Lebensgrundlagen einsetzen können.

Für dieses Vertrauen möchten wir uns herzlich bedanken. Durch Ihre Beiträge konnten wir 2025 unsere Arbeit im Bereich der strategischen Umweltklagen weiter ausbauen. Außerdem konnten wir verhindern, dass ein Agrarlobbyist des Bauernverbands Bundeslandwirtschaftsminister wird. Wir haben mit einer weithin zitierten Studie aufgezeigt, dass das Heizen mit Gas in eine Kostenfalle führt, und die skandalösen Pläne der EU öffentlich gemacht, Ewigkeitszulassungen für Pestizide zu erteilen.



# EINNAHMEN & AUSGABEN

## Finanzierung und Förderung

Spenden und Mitgliedsbeiträge bildeten auch 2025 mit insgesamt 83 Prozent unserer Einnahmen die verlässliche Grundlage unserer Arbeit. Dieser hohe Anteil ermöglicht es uns, unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen zu agieren. Weitere 13 Prozent unserer Einnahmen stammten aus Projektförderungen unterschiedlicher Träger.

Mehrere Institutionen unterstützten unsere Kampagnenarbeit im vergangenen Jahr: Die Kampagne „Klimawende von unten“ konnte 2025 mit Förderung der Deutschen Postcode Lotterie erfolgreich abgeschlossen werden. Die Kampagne „Gasnetze geplant stilllegen“ wurde von der European Climate Foundation, der Deutschen Postcode Lotterie, der Stiftung Neue Energie der GLS Treuhand sowie der Naturstrom-Stiftung gefördert. Die innerhalb dieser Kampagne entstandene Studie des Fraunhofer-Instituts IFAM „Kosteneinsparungen einer frühen Gasnetzstilllegungsplanung“ wurde unterstützt von Protect the Planet, dem Deutschen Naturschutzring e.V., GasWende Werkstatt Zukunftsfragen e.V. und der Naturstrom-Stiftung.

Die Gregor Louisoder Umweltstiftung förderte uns sowohl mit einer projektunabhängigen Sockelförderung als auch gezielt bei der Einreichung der Klage gegen die Zulassung des Pestizids Pendimethalin. Das Projekt setzen wir gemeinsam mit dem Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft e.V. um.

Beim Kauf eines neuen Gammaskpektrometers für unsere Radioaktivitätsmessungen erhielten wir Unterstützung durch die Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH. Unser Online-Ratgeber „Dein Klimagarten“ wurde von der Heidehof Stiftung GmbH gefördert.

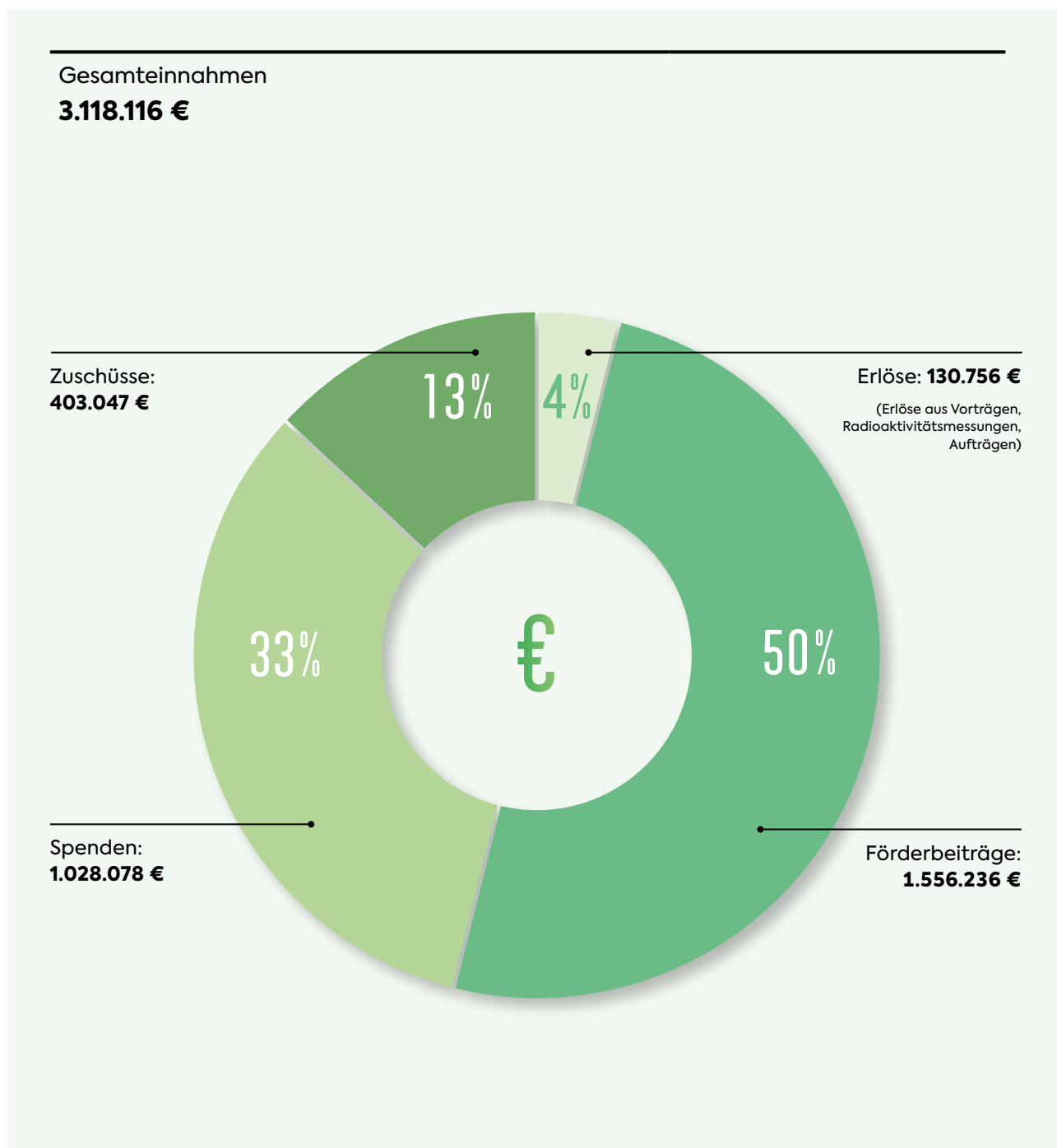
Auch öffentliche Stellen unterstützten unsere Arbeit: Das Umweltbundesamt (UBA) förderte unsere Energieeffizienzkampagne. Darüber hinaus unterstützte die Landeshauptstadt München erneut das Projekt „Ökolandbau erleben und verstehen“ sowie unsere Umweltberatung für Münchner Bürger:innen.

## Verwendung unserer Mittel

Im Jahr 2025 beliefen sich unsere Gesamtausgaben auf 2.836.670 Euro. Rund 82 Prozent davon flossen unmittelbar in unsere inhaltliche Arbeit. Dazu gehörten die Planung und Umsetzung von Kampagnen und wissenschaftlichen Projekten ebenso wie die finanzielle Unterstützung gemeinsamer Initiativen innerhalb der Umweltbewegung. Auch Rechtsgutachten und Studien – beispielsweise unsere Studie „Kosteneinsparungen einer frühen Gasnetzstilllegungsplanung“ – sowie Klagen gegen die Zulassung gesundheits- und umweltschädlicher Stoffe wurden daraus finanziert, sofern keine Förderung durch Drittmittel bestand.

Unsere Verwaltungskosten blieben mit zwölf Prozent weiterhin niedrig. Sechs Prozent der Ausgaben entfielen auf die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit, etwa für Informationsmaterialien, Veranstaltungen und die Betreuung unserer digitalen Kanäle.

# EINNAHMEN



Die Angaben in den Diagrammen sind gerundete Werte. Dies kann zu vermeintlichen Differenzen in der Summenbildung führen.

# DIE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER DES UMWELTINSTITUTS

Die Arbeit des Umweltinstituts lebt von der Unterstützung vieler engagierter Menschen. Ohne die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder und die zahlreichen Spenden wären unsere Aufklärungs- und Kampagnenprojekte nicht möglich.

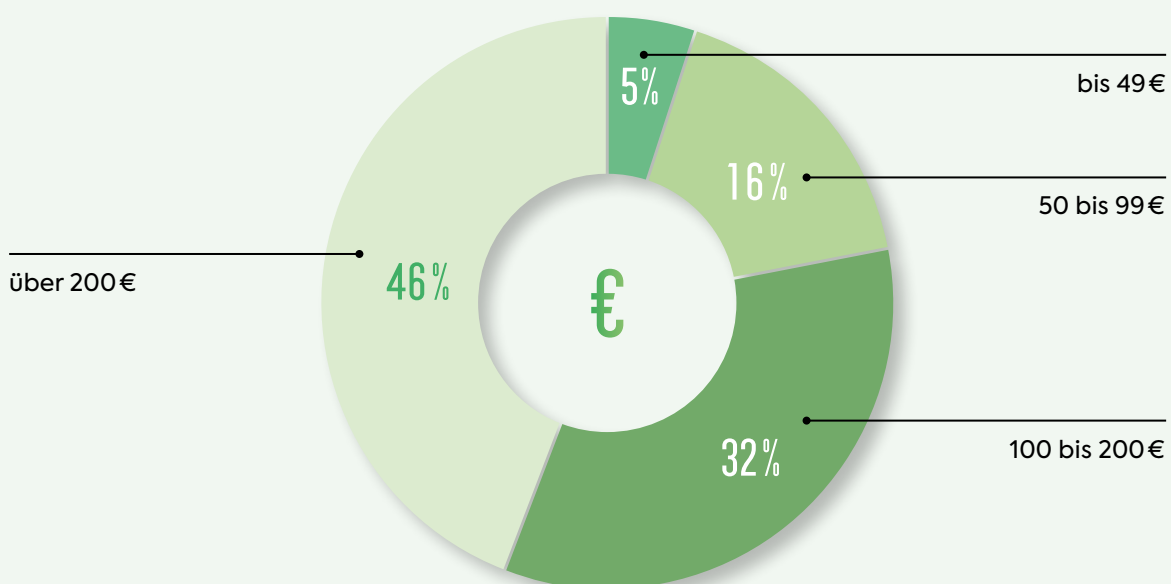
Besonders gefreut hat uns, dass wir im vergangenen Jahr zahlreiche neue Fördermitglieder gewinnen konnten, die unsere Arbeit dauerhaft unterstützen möchten. Ende 2025 zählte das Umweltinstitut fast 13.000 Fördermitglieder.

Diese langfristige Unterstützung ist für unsere Arbeit von großer Bedeutung. Sie schafft die finanzielle Grundlage, um unabhängig zu arbeiten, langfristig zu planen und wirkungsvolle Aufklärungs- und Kampagnenarbeit umzusetzen.

Darüber hinaus erhielten wir rund 18.700 Einzelspenden. Spenden und Beiträge bis einschließlich 200 Euro machten 54 Prozent unseres gesamten Spendenvolumens aus. Gleichzeitig stieg der Anteil der Spenden und Beiträge von mehr als 200 Euro leicht an und lag 2025 bei 46 Prozent. Insgesamt unterstützten uns 114 Spender:innen und Fördermitglieder mit Beträgen von 1.000 Euro oder mehr. Spenden von 10.000 Euro und mehr erhielten wir von vier Spender:innen und einer Stiftung.

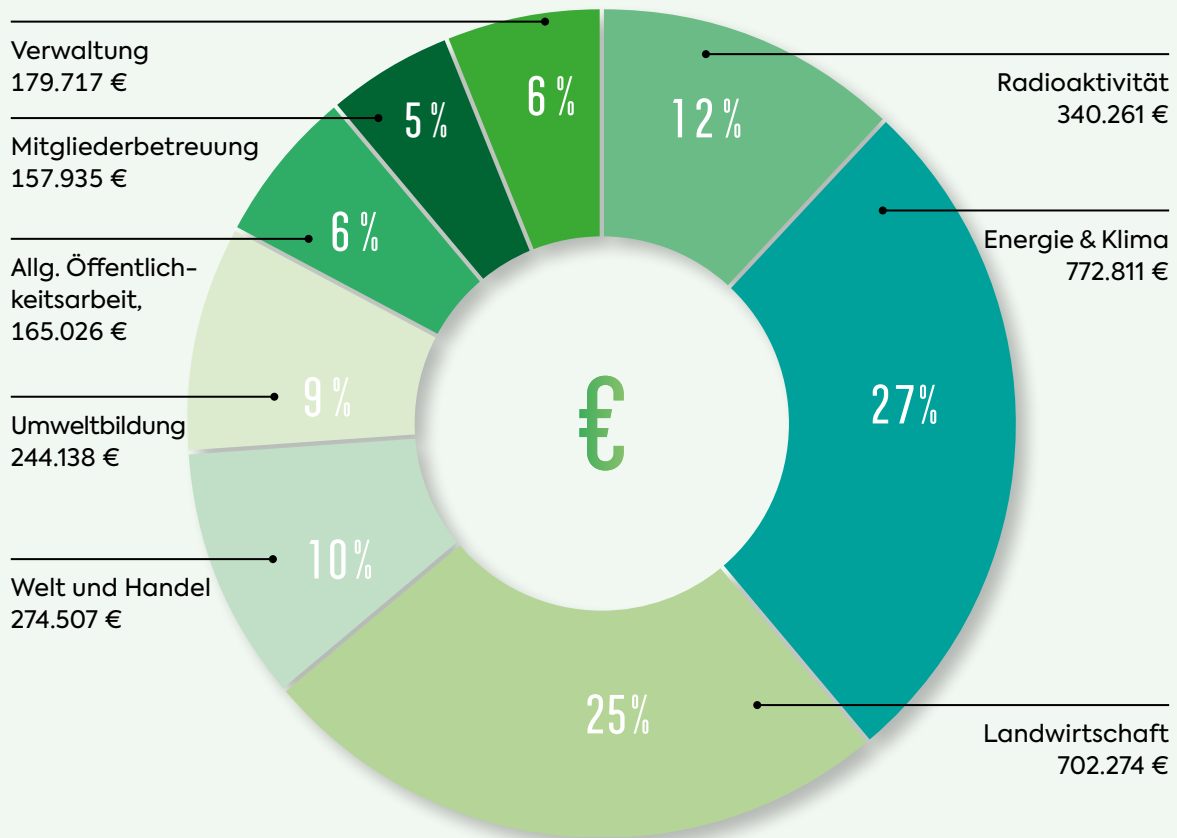
Jahr	Fördermitglieder
2020	11.270
2021	12.098
2022	12.074
2023	12.035
2024	12.547
2025	12.757

## Spenden- und Beitragssummen



# AUSGABEN

Gesamtausgaben  
**2.836.670 €**



# BILANZ

Aktiva	
Anlagevermögen	
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €
Sachanlagen	143.180,00 €
Summe Anlagevermögen	143.180,00 €
Umlaufvermögen	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	106.725,59 €
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.312.459,00 €
Summe Umlaufvermögen	2.419.184,59 €
Rechnungsabgrenzung	4.710,64 €
<b>Summe Aktiva</b>	<b>2.567.075,23 €</b>

Passiva	
Eigenkapital	2.392.503,56 €
Rückstellungen	87.255,00 €
Verbindlichkeiten	78.126,67 €
Rechnungsabgrenzung	9.190,00 €
<b>Summe Passiva</b>	<b>2.567.075,23 €</b>

# GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Als eingetragener Verein sind wir der Erfüllung unserer satzungsgemäßen Ziele verpflichtet und nicht bestrebt, Gewinne zu erzielen. Die uns zugeflossenen Spenden sind satzungsgemäß und zeitnah auszugeben. Das bedeutet, dass es einen Gewinn oder Verlust – wie bei unternehmerisch tätigen Organisationen – in einem gemeinnützigen Verein nicht gibt. Ein Überschuss von Einnahmen gegenüber Ausgaben im Geschäftsjahr wird zur Verwendung im nächsten Jahr vorgetragen. Eine Unterdeckung hingegen bedeutet, dass mehr Förder- und Spendengelder in diesem Geschäftsjahr ausgegeben wurden als im gleichen Jahr zugegangen sind. Die Ausgaben wurden also durch Einnahmen aus vorherigen Jahren finanziert. Langfristig gebundene Spendenmittel sind in der Bilanz als Anlagevermögen aufgeführt. Sie stehen nicht unmittelbar als Mittel bereit. Andere, noch nicht verwendete Spendenmittel stellen in Form von Rücklagen eine kontinuierliche Arbeit auch im Falle von Einnahmeschwankungen sicher. Sie ermöglichen es uns, auf Unvorhergesehenes reagieren zu können, eventuelle Risiken abzudecken und soweit notwendig für unseren Vereinszweck Investitionen zu tätigen.

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	
<b>Einnahmen/Erlöse</b>	3.118.115,90 €
<b>Aufwendungen</b>	
Fremdleistungen/ Direkte Projektkosten	-137.825,83 €
Personalaufwand	-2.026.211,81 €
Abschreibungen	-60.073,88 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-612.558,18 €
<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>-2.836.669,70 €</b>
Ergebnisvortrag Vorjahr	31.366,60 €
Entnahme aus den Rücklagen	0,00 €
Einstellung in Rücklagen	-308.513,79 €
<b>Bilanzergebnis</b>	<b>4.299,01 €</b>

# DANKE!



Wir danken allen Fördermitgliedern und Spender:innen sehr herzlich für ihre wertvolle Unterstützung im Jahr 2025. Ihr Engagement ist eine tragende Säule unserer Arbeit und ermöglicht es uns, unsere Ziele konsequent zu verfolgen.

Unser Dank gilt zudem den Stiftungen und Vereinen, die unsere Projekte im Jahr 2025 gefördert haben:

- Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft
- Deutscher Naturschutzring
- Elektrizitätswerke Schönau
- European Climate Foundation
- GasWende
- GLS Treuhand
- Gregor Louisoder Umweltstiftung
- Heidehof Stiftung
- Landeshauptstadt München – Referat für Klima- und Umweltschutz
- Naturstrom-Stiftung
- Postcode Lotterie
- Protect the Planet
- Rossmann Stiftung
- Stiftung GEKKO
- Stiftung Neue Energie (GLS Treuhand)
- Umweltbundesamt
- Zukunftsstiftung Landwirtschaft (GLS Treuhand)

# BLEIBEN SIE MIT UNS IN KONTAKT!



## Unser Newsletter

Unabhängige Informationen zu Umweltpolitik, Agrar- und Klimawende.



[umweltinstitut.org/newsletter](https://umweltinstitut.org/newsletter)

E-Mail-Newsletter

## Unsere sozialen Medien

Tagesaktuell informiert: Wir ordnen die wichtigsten News kritisch und unabhängig für Sie ein.



[instagram.com/umweltinstitut](https://www.instagram.com/umweltinstitut)

@umweltinstitut



[facebook.com/umweltinstitut.org](https://www.facebook.com/umweltinstitut.org)

@umweltinstitut.org



[linkedin.com/company/umweltinstitut](https://www.linkedin.com/company/umweltinstitut)

@Umweltinstitut München



[www.threads.com/@umweltinstitut](https://www.threads.com/@umweltinstitut)

@umweltinstitut



[bsky.app/profile/umweltinstitut.bsky.social](https://bsky.app/profile/umweltinstitut.bsky.social)

@umweltinstitut.bsky.social

# IMPRESSUM

**SPENDEN ODER BEITRÄGE  
AN DAS UMWELTINSTITUT SIND  
STEUERLICH ABSETZBAR.**

**Umweltinstitut München e.V.**  
Goethestraße 20  
80336 München  
Telefon 0 89 – 30 77 49 – 0  
Fax 0 89 – 30 77 49 – 20  
info@umweltinstitut.org  
www.umweltinstitut.org

**Spendenkonto**  
Bank: Sozialbank  
KTO: 88 311 03  
BLZ: 370 205 00  
IBAN: DE65 3702 0500 0008 8311 03  
BIC: BFSWDE33XXX

Herausgeber: Umweltinstitut München e.V.  
Verantwortlich: Kerstin Viellehner  
Gestaltung und Illustrationen: Konrad Angermüller  
Stand: 22.06.2026

*Bildnachweise:*

S. 5: Tanja Kernweiss | S. 7: v.o.l.n.u.r.: Bild 1,2: Umweltinstitut München, Bild 3: Tino Grafiert, Bild 4, 5, 7: Jörg Farys, Bild 6: Tanja Kernweiss, Bild 8: Anne Barth | S. 9: Markus Burke, Jörg Farys, Jörg Farys, Tino Grafiert | S. 11: © Leonie Teisner | S.12: Grafik Umweltinstitut, Waldemar Brand/Unsplash | S. 14: Grafik Umweltinstitut, © Sven Simon & Sammy Minkoff/IMAGO | S. 15: © Polivan/stock.adobe.com | S. 16-19: Jörg Farys | S. 20: Collage: Umweltinstitut München, © Bettina Engel-Albustin/Tischler NRW | S. 21: © Political-Moments/IMAGO, Nikito/IMAGO | S. 22: Steffen Laube | S. 24: Collage: Umweltinstitut, © ververidis & natthapo/stock.adobe.com | S. 30: Tanja Kernweiss | S. 39: Anne Barth | S. 40: Erik Marquardt.



**Umweltinstitut  
München e.V.**

Umweltinstitut München e.V.

Goethestraße 20

80336 München

Tel.: (089) 30 77 49-0

Fax: (089) 30 77 49-20

E-Mail: [info@umweltinstitut.org](mailto:info@umweltinstitut.org)

[www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)